

12	Achtung Ampel – für die Detmolder Straße! SPD-Fraktion	1707/5
13	Tempo 30 in der Joachim-Friedrich-Straße durchsetzen SPD-Fraktion	1724/5
14	Planung von Fahrradstraßen endlich wieder aufnehmen SPD-Fraktion	1727/5
15	Auf- und Abfahrt Halenseestr./Messedamm am Autobahndreieck Funkturm erhalten SPD-Fraktion	1730/5
16	Verkehrsprojekte auch temporär umsetzen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1740/5
17	Radweg entlang der A111 sanieren Fraktion DIE LINKE	1744/5
18	Instandsetzung der Dialogdisplays des Bezirks SPD-Fraktion	1758/5
19	Verkehrskonzept erarbeiten FDP-Fraktion	1776/5
20	Geschützter Radstreifen für die Caprivibrücke Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1781/5
21	Radweg in der Hagenstraße und Fontanestraße SPD-Fraktion	1790/5
22	Verpollerung der Kläre-Bloch-Platzes zeitnah zurückbauen SPD-Fraktion	1794/5
23	Anschluss des Radschnellwegs RSV 3 (Wannseeroute) an den RSV 5 (Westroute) im Bezirk sicherstellen SPD-Fraktion	1796/5
24	Gegen überhöhte Geschwindigkeiten in Knesebeckstraße Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1801/5
25	Mehr Sicherheit für Fußgänger CDU-Fraktion	1806/5
26	Sperrung der Krumme Straße FDP-Fraktion	1814/5
27	Lieferzone in der Konstanzer Straße CDU-Fraktion	1815/5
28	Vorsorge für Dialog Displays CDU-Fraktion (VT m, HH ffd.)	1822/5

29 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung

30 Verschiedenes

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Saßen

Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1673/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Raser auf dem Ku'damm stoppen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, zusammen mit dem Senat und der Polizei eine Sicherheitsanalyse mit Maßnahmen für den Kurfürstendamm zu erstellen mit dem Ziel, das Rasen zu verhindern. Geprüft werden sollen u.a. folgende Maßnahmen:

- Mehr Geschwindigkeitsmessungen und bei Geschwindigkeitsüberschreitung ein Bußgeld oder einem Monat Fahrverbot entsprechend der Novelle der Straßenverkehrsordnung (bei 21 km/h zu schnell in Ortschaften), wenn der Formfehler hoffentlich behoben wird sowie
- Trennen von Bus- und Fahrstreifen auf dem Kurfürstendamm oder das Sperren der Busspur (versenkbare Poller oder Schranke)
- Verengung der Fahrbahn an mehreren Stellen
- Neuköllner Kissen
- sowie Ampeln, die bei zu hoher Geschwindigkeit auf Rot schalten
- 30 km/h Höchstgeschwindigkeit.

Der Bezirk soll sich für eine Reglementierung des Fahrens von stark motorisierten Autos in der Stadt einsetzen.

Der BVV ist bis zum 31.01.2021 zu berichten.

Begründung:

Die schweren Unfälle am Ku'damm durch überhöhte Geschwindigkeit kommen immer wieder vor. Die Strecke wird von Rasern und Posern genutzt. Deshalb soll fachlich geklärt werden, mit welchen Maßnahmen dieses unterbunden werden kann.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/ Schenker/ Gronde-Brunner/Die-
ke

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1679/5**

Beratungsfolge:	
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Ku'damm sicher und nachhaltig umgestalten!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen auf Senatsebene bauliche Maßnahmen zur Umgestaltung des Kurfürstendamms vorzunehmen. Bei der Umgestaltung sind insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen:

- Errichtung von zusätzlichen Ampelanlagen, insbesondere auf dem Abschnitt zwischen Adenauer Platz und Kurfürstendamm/Nestorstraße
- Rückbau der Parkspur
- Errichtung eines geschützten Radfahrstreifens (Trennung von der Fahrbahn durch physische Barrieren)
- bauliche Maßnahmen, um den Lieferverkehr weiterhin zu ermöglichen
- bauliche Maßnahmen zur Verhinderung von Autorennen, beispielsweise durch die Neuordnung von Mittelinseln oder die Verengung der Fahrbahn

Der BVV ist bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten.

Begründung:

Bereits mehrfach kam es auf dem Kurfürstendamm zu schweren Unfällen durch illegal durchgeführte Autorennen. Eine Verschärfung der Strafen scheint die Raser*innen nicht abzuschrecken. Um das Rasen auf dem Kurfürstendamm dauerhaft unmöglich zu machen, muss die Straße grundlegend umgebaut werden. Zugleich soll durch einen Umbau ein Beitrag zur Verkehrswende geleistet werden, die sich mit Blick auf den fortschreitenden Klimawandel dringend in Richtung Rückbau der autogerechten Stadt bewegen muss. Stattdessen müssen Straßen überwiegend für klimaneutrale Verkehrsmittel, wie öffentlicher Nahverkehr und Fahrräder, zur Verfügung stehen.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Dr. Seyfert/Bolsch/von Ertzdorff-Kupffer

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1684/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Wiederherstellung der Radwegmarkierung Spandauer Damm/Wiesendamm

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die Radspurmarkierung auf dem Spandauerdamm/Einbiegung Wiesendamm wieder herzustellen.

Der BVV ist bis zum 30. November 2020 zu berichten.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Fenske

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1694/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Sicherheit für alle

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, in den Straßen Hoffmann von Fallersleben Platz und Warneckstraße zur Abwehr von Gefahren, für alle dortigen Verkehrsteilnehmer, die Sichtbeziehung der verschiedenen Verkehrsteilnehmer zur verbessern und im Kurvenbereich eine Ausweichmöglichkeit für Gegenverkehr zu schaffen.

Hierfür sind die PKW-Stellplätze auf der Fahrbahn im Bereich der Kurve angemessen zu reduzieren. Alternativ könnten hier Fahrradbügel installiert werden.

Der BVV ist bis zum 30. November 2020 zu berichten

Begründung:

Ggf. Mündlich.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1700/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Beim Umbau der Berliner Straße den Lärmschutz berücksichtigen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich beim Umbau der Berliner Straße bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass der Straßenbelag der Berliner Straße mittels offenporigem Asphalt (sog. Flüsterasphalt) hergestellt wird.

Begründung:

Die Berliner Straße soll nach eine vorliegenden Machbarkeitsstudie eine Radspur bekommen, durch welche der Lärmpegel dort gesenkt werden soll. Da sich Schall jedoch kugelförmig ausbreitet, bringt das Abrücken des Verkehrs von den Hausfassaden wenig - ein bis zwei Dezibel, wie Stadtrat Oliver Schruoffeneger ausführt. Bei der gemessenen Verkehrslautstärke von bis zu 65 Dezibel tut Lärminderung hier jedoch dringend Not, die Anordnung einer Radspur alleine ist nicht ausreichend. Durch eine Fahrbahnsanierung mit Flüsterasphalt, der eine Geräuschminimierung von bis zu 50 Prozent bringen kann, kann hier wirklich das Ziel der Lärmreduzierung erreicht werden. Offenporiger Asphalt wurde bereits z. B. in der Brandenburgischen Straße und auf der AVUS verbaut - mit sehr positiven Ergebnissen.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1701/5

Beratungsfolge:	
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Bauliche Umgestaltung der Kantstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz endlich die bauliche Umgestaltung der Kantstraße zu beginnen. Ziel einer dauerhaften Umgestaltung muss es sein, nicht nur ein Verkehrsmittel zu befördern, sondern Raum für alle zu schaffen.

Um mehr Platz zu gewinnen, soll der Mittelstreifen entlang der Kantstraße entfallen. Die Bäume am Straßenrand sollen erhalten bleiben, bestehende Lücken müssen nachgepflanzt werden, alte Baumscheiben entfernt werden. Durch eine Umgestaltung der Gehwege, die Schaffung von neuen Grünanlagen und durch mehr Sitzbänke können die Aufenthaltsqualität und die Verweildauer erhöht werden.

Der Radverkehr nimmt zu. Um dies zu fördern, soll es einen mind. 2 m breiten Radweg geben, der baulich von der Straße abgetrennt ist.

PKWs sollen zukünftig nicht mehr quer, sondern längs parken. Die wegfallenden Parkplätze sollen, wenn möglich, kompensiert werden. Durch den Bau einer Tiefgarage unter dem Amtsgerichtsplatz wird die Parksituation entlastet und oberirdisch neuer Raum gewonnen. Durch die Einführung von digitalen Parkleitsystemen werden Parkplatzsuchende schnell zu freien Parkplätzen geführt. Dies reduziert Parksuchverkehr und Emissionen.

Entlang der Kantstraße fahren vier Buslinien, die oft im Stau stehen. Eine eigene Busspur von mind. 3,25 m Breite soll Abhilfe schaffen und gleichzeitig die Erreichbarkeit verbessern.

Anrainer sind in die Planungen einzubinden. Dazu gehören auch die BVG und die Feuerwehr. Die Kantstraße lebt von ihren vielfältigen Geschäften. Um diese zu unterstützen, soll es mehr Lieferzonen entlang der ganzen Straße geben, die in einem festen Abstand eingerichtet werden und nicht erst von den Gewerbetreibenden aufwendig angeregt werden müssen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1704/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Änderung der Ampelschaltung auf dem Hohenzollerndamm in Höhe Seesener Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die Ampelschaltung auf dem Hohenzollerndamm in Höhe der Seesener Straße (gemeint ist die Ampel, die näher am S-Bahnhof gelegen ist) so verändert wird, dass Grünphase und Schutzzeit für Fußgänger*innen verlängert werden.

In diesem Zusammenhang wird das Bezirksamt darüber hinaus gebeten, darzustellen, was es hinsichtlich des Beschlusses „Fußgängerfreundliche Umprogrammierung aller Ampelschaltungen“ (DS 1308/5) unternommen hat wann mit einer Vorlage zu Kenntnisnahme zu rechnen ist.

Der BVV ist bis zum 31.01.2021 zu berichten.

Begründung:

Die Überquerung des Hohenzollerndamms auf Höhe der Seesener Straße ist an der dortigen Ampel selbst für Menschen, die gut zu Fuß sind, kaum in einem Zug möglich. Für Kinder und ältere Menschen sowie Menschen mit Behinderung stellt sich die Situation noch deutlich schwieriger dar. Eine Verlängerung der Grünphase und der Schutzzeit würde die Sicherheit der Fußgänger*innen an dieser Stelle erhöhen.

Die BVV hat in Bezug auf Ampelschaltungen im November 2019 einen Beschluss gefasst, dass sich das Bezirksamt dafür einsetzen soll, dass bei allen Lichtsignalanlagen (Ampeln) die Signalprogramme zügig überarbeitet werden. Gefordert wurde, dass der Spielraum der RiLSA (Richtlinien für Lichtsignalanlagen) ausgeschöpft werde und die Grünphasen und Schutzzeiten fußgängerfreundlich verlängert werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1706/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Rixdorfer Kissen gegen Raser in der Dahlmannstraße

Die BVV möge beschließen:

Vor dem Hintergrund der häufigen Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Dahlmannstraße und der Nutzung dieser Straße von Autorasern vom beliebten Treffpunkt Dahlmann/Sybelstraße als erste Etappe für ein Wettrennen auf dem Kurfürstendamm wird das Bezirksamt aufgefordert, bauliche Maßnahmen, die zum Abbremsen zwingen (z.B. die Rixdorfer Kissen) am Beginn der Tempo 30 Zone in der der Dahlmannstraße und im Bereich der Kreuzung Dahlmannstraße/Sybelstraße, umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 31.03.2021 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1707/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Achtung Ampel – für die Detmolder Straße!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, Hinweisschilder auf die nahende Ampel an der Kreuzung Detmolder Straße / Weimarische Straße an allen Straßenseiten anzubringen.

Der BVV ist bis zum 31.01.2021 zu berichten.

Begründung:

Immer wieder kommt es zu gefährlichen Situationen, weil Autofahrer*innen kommend aus der Weimarische Straße, die an der Kreuzung nahestehende Ampel auf der Detmolder Straße nicht sehen. Dementsprechend kommt es hier häufig zu Rotlichtverstößen. Dies führt zu gefährlichen Situationen, wenn Passant*innen die Ampel überqueren. Vor allem, wenn die Detmolder Straße als Ausweichstraße zur Autobahn benutzt wird, überholen PKWs häufig zweite Reihe Parkende und übersehen dabei die Lichtzeichen der Ampel. Das Aufstellen von Hinweisschildern führt dazu, dass der motorisierte Verkehr auf die Ampel aufmerksam gemacht wird. Dies kann in Zukunft schwerere Unfälle vermeiden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1724/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV

Tempo 30 in der Joachim-Friedrich-Straße durchsetzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Piktogramm mit der zulässigen Höchstgeschwindigkeit 30 auf dem Boden zu platzieren, auf der Joachim-Friedrich-Straße auf Höhe Westfälische Straße, wo die Tempo-30-Anordnung beginnt.
Zudem muss die Sichtbarkeit der zum Teil verdeckten Schilder wiederhergestellt werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.2020 zu berichten.

Begründung:

Bäume verdecken die Schilder und die Kennzeichnung auf der Straße würde die Sichtbarkeit stark erhöhen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1727/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Planung von Fahrradstraßen endlich wieder aufnehmen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird vor dem Hintergrund der alleinigen Zuständigkeit des Bezirks für die Planung und Umsetzung von Fahrradstraßen und dem Umstand, dass es seit über 10 Jahren im Bezirk keine neue Fahrradstraße realisiert wurde, aufgefordert, die Realisierung neuer Fahrradstraßen wiederaufzunehmen.

Der BVV ist dabei

1. ein Plan eines Fahrradstraßennetzes, der bis 2030 umgesetzt werden soll,
2. eine Liste von Nebenstraßen im Bezirk, welche die rechtlichen Voraussetzungen entsprechend der StVO für eine Fahrradstraße erfüllen,

vorzulegen.

Der BVV ist bis zum 28.02.2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Burth

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1730/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Auf- und Abfahrt Halenseestr./Messedamm am Autobahndreieck Funkturm erhalten

Die BVV möge beschließen:

Die BVV fordert das Bezirksamt auf, sich bei der Landesregierung (hier SenUVK) bzw. der mit der Planung beauftragten DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH dafür einzusetzen, dass beim Neubau des Autobahndreiecks Funkturm (ADF) an den Verbindungen zwischen der Stadtautobahn A 100 und der AVUS (A 115) jeweils eine Abfahrt von der A 100 Nordfahrbahn zum Messedamm und eine Zufahrt auf die A 100 vom Messedamm erhalten wird. Damit würden die umliegenden Anschlussstellen Kurfürstendamm, Jaffestr., Kaiserdamm und Kaiserdamm Süd spürbar von Verkehr entlastet. Das solche Auf- und Abfahrten möglich bzw. regelgerecht sind, zeigen die vergleichbaren Auf- und Abfahrten vom und zum Siemensdamm am Dreieck Charlottenburg

Der BVV ist bis zum 28.02.2021 zu berichten.

Begründung:

Die bisher geplante Schließung von insgesamt sieben Zu- und Abfahrten beim Neubau des Autobahndreiecks Funkturm (ADF) einer Deckelung der Stadtautobahn (A 100) führt zu einer Mehrbelastung der verbleibenden Autobahn-Anschlussstellen (AS) Kurfürstendamm, Jaffestraße, Kaiserdamm und Kaiserdamm Süd im Umfeld des ADF. Deshalb muss der Verkehr soweit irgend möglich von den anliegenden Wohngebieten abgeleitet und möglichst direkt auf die Hauptverkehrsachse Kaiserdamm, Masurenallee, Heerstraße abgeleitet werden. Der Hinweis auf öffentlich nicht zugängliche Regelwerke und eine höhere Verkehrssicherheit gegen diese Offenhaltung reicht nicht aus. Außerdem wird an der Neuplanung des Dreiecks Charlottenburg (Beispiel Überleitungen zum Siemensdamm) gezeigt, dass solche Auf- und Abfahrten möglich sind.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1740/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Verkehrsprojekte auch temporär umsetzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, Maßnahmen für eine menschengerechte, sichere Stadt wie z.B. die Verlängerung der Fußgänger*innenzone Wilmersdorfer Straße, Straßenveränderungen und die Umgestaltung von Stadtplätzen schnell umzusetzen. Dabei sollen nicht nur bauliche Maßnahmen stattfinden, sondern auch mit Absperrungen und Markierungen gearbeitet werden. Diese lassen auch eine flexiblere Anpassung von Maßnahmen zu.

Der BVV ist bis zum 28.2.2021 zu berichten.

Begründung

Damit Maßnahmen der Verkehrssicherheit schneller umgesetzt werden können, sollten sie mit temporären umgesetzt werden. Planverfahren oder gar Planfeststellungsverfahren für größere bauliche Maßnahmen brauchen mehr Zeit. Zudem ermöglichen temporäre Maßnahmen, dass sie wenn nötig angepasst werden. Dies ist nach einer baulichen Umsetzung nicht möglich. Hat sich eine temporäre Maßnahme bewährt, kann sie dauerhaft baulich umgesetzt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1744/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Radweg entlang der A111 sanieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, den Fahrradweg entlang der A111 in Richtung Reinickendorf zu sanieren. Der Streckenverlauf vom Jakob-Kaiser-Platz, entlang des Kurt-Schumacher-Damms und der A111 bis Saatwinkler Damm soll beidseitig umfassend in Stand gesetzt werden. Die dringend notwendige Sanierung ist in enger Zusammenarbeit mit dem bezirklichen Fahr-Rat unter Einbeziehung der dort vertretenen Initiativen und Verbände zu planen.

Das Bezirksamt möge darüber hinaus mit den zuständigen Stellen im Bezirksamt Reinickendorf in Kontakt treten, um eine möglichst zeitnahe und abgestimmte Sanierung des Streckenverlaufs des Radwegs an der A111 im dortigen Bezirk zu erwirken. Sollte sich abzeichnen, dass ein koordiniertes Vorgehen beider Bezirke nicht umzusetzen ist, soll das Bezirksamt eigenständig mit der Sanierung des Streckenabschnitts in Charlottenburg-Wilmersdorf beginnen.

Berichtsdatum: 31.01.2021

Begründung:

Der Fahrradweg vom Jakob-Kaiser-Platz in Charlottenburg Richtung Reinickendorf stellt eine wichtige Verbindungsrouten für den Radverkehr zwischen beiden Bezirken dar. Die Route ist jedoch in einem desolaten Zustand und teilweise nur unter der Gefahr von Stürzen nutzbar. Eine umfassende Sanierung der gesamten Route in beiden Bezirken ist dringend notwendig.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1758/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Instandsetzung der Dialogdisplays des Bezirks

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die vorhandenen Dialogdisplays umgehend einsatzbereit zu machen und in Benutzung zu nehmen.

Darüber hinaus soll sich das Bezirksamt dafür einsetzen, dass über den Senat weitere Dialogdisplays zur Verfügung gestellt werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.2021 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1776/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Verkehrskonzept erarbeiten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz für den Bereich Wexstraße / Prinzregentenstraße / Bruchsaler Straße / Durlacher Straße ein umfassendes Verkehrskonzept zu erarbeiten, welches den Abfluss des motorisierten Verkehrs aus der Wexstraße in die Bundesallee sicherstellt und die angrenzenden Wohngebiete vor Verkehrslärm schützt.

Begründung:

Über die Wexstraße fließt motorisierter Verkehr von der Stadtautobahn in den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ab. Diese sollte bestmöglich in die Bundesallee fließen, um sich von dort Richtung Norden (City West) oder nach Süden (Steglitz-Zehlendorf) verteilen zu können. Die Wexstraße scheint die erforderlichen Kapazitäten aufgrund der Kreuzungssituation am Bundesplatz nicht zur Verfügung stellen zu können, weswegen Verkehr in die angrenzenden Wohngebiete abfließt und dort zu unnötigen Belastungen führt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1781/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Geschützter Radstreifen für die Caprivibrücke

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung dafür einzusetzen, dass auf der Caprivibrücke eine geschützte Radinfrastruktur eingerichtet wird und zu prüfen, wie diese in der Wintersteinstraße und Sömmeringstraße im Rahmen der zukünftigen Nord-Süd-Fahrradroute fortgeführt werden kann. An den Enden der Brücke sind Gehwegvorstreckungen zu prüfen, um eine bessere Querung für zur Fuß Gehende zu erreichen.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2021 zu berichten.

Begründung:

Die Caprivibrücke hat zwar zwei Fahrradangebotsstreifen, doch diese sind ungeschützt. Hier wurde ein Radfahrender von einem Autofahrenden tödlich verletzt. Im Bericht der Morgenpost vom 19.11.2020 hierzu schildern Anwohnende, dass der Bereich öfter für zu schnelles Fahren genutzt wird (<https://www.morgenpost.de/berlin/polizeibericht/article230938438/Toedlicher-Unfall-in-Berlin-Charlottenburg-Gelaendewagen-erfasst-Radfahrer.html>). Um den Fahrstreifen besser vom Radstreifen abzutrennen, sollte der Radstreifen am Fahrbahnrand entlangführen. Der Radstreifen kann gegenüber dem Fahrstreifen z.B. durch Poller oder Protektionselemente besser markiert werden. Für bessere Sichtbeziehungen sollten die Parkstreifen auf der Brücke entfallen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1790/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Radweg in der Hagenstraße und Fontanestraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich gegenüber der Infravelo GmbH und der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz für einen Radweg in der Hagenstraße und Fontanestraße zwischen Roseneck und S-Bahnhof Grunewald einzusetzen. Dabei sollen die Qualitätskriterien des Mobilitätsgesetzes Anwendung finden. Der Radweg ist in die Kategorie Vorrangnetz als Zubringer zum geplanten Radschnellweg Kohlhasenbrück – Kronprinzessinnenweg einzustufen, der im Bereich des S-Bahnhof Grunewald verläuft.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

Begründung:

Die Hagenstraße ist für viele Radfahrer*innen eine wichtige Verbindungsstraße vom und zum S-Bahnhof Grunewald, sowie auch zum dahinter beginnenden Grunewald selbst. Für die Fahrradfahrer*innen, die dort unterwegs sind, kommt es immer wieder zu gefährlichen Überholmanövern.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Burth

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1794/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Verpollerung der Kläre-Bloch-Platzes zeitnah zurückbauen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die im Dez. 2020 quer über den Kläre-Bloch-Platz installierte erste Pollerreihe zeitnah zurück bauen zu lassen. Die angestrebte Verpollerung des Platzes würde dessen Nutzbarkeit und Gestaltung massiv beeinträchtigen und dort spielende Kinder gefährden.

Stattdessen wird das Bezirksamt aufgefordert, soweit erforderlich, nach einer anderen Lösung für den Schutz der Nutzer*innen und des Plattenbelags auf dem Platz vor Falschparkern zu sorgen und die verschiedenen Lösungsalternativen - vor der eventuellen Veranlassung neuer Bauaktivitäten - in den zuständigen BVV-Ausschüssen, aber auch den interessierten Anwohner*innen und Nutzer*innen des Platzes vorzustellen. Darüber hinaus ist auch eine Ergänzung von Sitzgelegenheiten auf dem Platz zu prüfen.

Zusätzlich wird das Bezirksamt gebeten, der BVV bzw. den zuständigen Ausschüssen schriftlich darzulegen, welche Kosten durch die nach 2014 wiederholte Verpollerung des Platzes und deren Rückbau entstehen bzw. entstanden sind und wer für diese Fehlinvestition im BA die Verantwortung übernimmt.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

Begründung:

Die Nutzung des Kläre-Bloch-Platzes, der sich im Sommerhalbjahr großer Beliebtheit erfreut, wird – insbesondere was die Spielmöglichkeiten für Kinder betrifft - durch die im Dezember 2020 installierte erste (von vier) Pollerreihen quer über die Platzfläche massiv eingeschränkt. Dasselbe Vorhaben mit insgesamt vier Pollerreihen auf dem Platz hatte das Tiefbauamt des Bezirksamts bereits 2014 gestartet, dann aber nach massiven Protesten zurückgebaut.

Die Maßnahme, die damals wie heute vor allem zum Schutz des Platzes bzw. eigentlich nur zum Schutz der Platzpflasterung vor Falschparkern begründet wird (Schädigung der

Gehwegplatten durch zu hohes Gewicht von Fahrzeugen), kann auch durch einen einzelnen versenkbaren bzw. klappbaren Poller an jeder Einfahrt zu den zwei Feuerwehreinfahrten erreicht werden, ohne die - ohnehin geschützte Gestaltung - des Platzes und dessen Nutzung zu stören.

Alternativ könnte auch eine regelmäßige Bestreifung durch das Ordnungsamt in Verbindung mit einem Umsetzen dort mit Behinderung falsch parkender Fahrzeuge das Schutzziel erreichen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Burth

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1796/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Anschluss des Radschnellwegs RSV 3 (Wannseeroute) an den RSV 5 (Westroute) im Bezirk sicherstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich bei der Senatsverkehrsverwaltung und gegenüber der beauftragten Infravelo GmbH dafür einzusetzen, dass zwischen Auerbach tunnel im Eichkamp und dem Kaiserdamm eine regelkonforme und leistungsfähige Verbindung der beiden Radschnellwege RSV 3 (Wannseeroute) und RSV 5 (Westroute) hergestellt wird. Dazu ist auch der von der BVV bereits beschlossene Ausbau eines Radschnellwegs entlang der A100 über die Rudolf-Wissel-Brücke in Richtung Tegel (RSV 2) bzw. Wedding (Drs. 0310/5) zu prüfen.

Der BVV ist bis zum 30.04.21 zu berichten.

Begründung:

Die im Nov. 2020 von der InfraVelo vorgelegte Machbarkeitsstudie für den RSV 3 (Wannseeroute) konzentriert sich bisher auf den Anschluss des RSV 3 über die Auerbachstraße, Trabener Straße, Trabener Steig und Bornstedter Str. zum westlichen Kurfürstendamm.

Auf dieser Streckenführung mit diversen Nutzungskonflikten (Durchfahrt Friedensthalpark, gemeinsame Nutzung der 3.9m Breiten Fussgängerbrücke Trabener Steig, T-30-Zone in der Bornstedter Str.) wird aber keine geeignete Weiterführung für Radfahrende in die Innenstadt erreicht, weil die ständig fehlgenutzten und von Taxis und Bussen stark frequentierten Busspuren auf dem Kurfürstendamm für verstärkten Radfahrverkehr nicht geeignet sind. Deshalb muss der Anschluss an die sogenannte Westroute (RSV 5) von Weststaaken (Stadtgrenze) bis zum Tiergarten mit Weiterführung über die Ostroute bis Marzahn in den Mittelpunkt der Planungen gerückt werden. Für den Anschluss können Teile des Radschnellweges Richtung Tegel bzw. Wedding genutzt werden, den die BVV bereits 2017 beschlossen hatte (Drs. 0310/5).

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1801/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Gegen überhöhte Geschwindigkeiten in Knesebeckstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, in der Knesebeckstraße Tempo-30-Markierungen auf der Fahrbahn anzubringen und mit geeigneten Maßnahmen (temporär, Mittelinseln, Gehwegvorstreckungen, Fahrbahnverengungen) das Fahren mit erhöhter Geschwindigkeit zu erschweren. Darüber hinaus soll das Bezirksamt prüfen, ob Schwellen eingesetzt werden können.

Der BVV ist bis zum 31.08.2021 zu berichten.

Begründung

Auch in der Knesebeckstraße werden Fahrten mit überhöhter Geschwindigkeit wahrgenommen. Um dies zu unterbinden, soll auf der Knesebeckstraße deutlicher gemacht werden, dass Tempo 30 gilt. Des Weiteren soll mit weiteren Maßnahmen das zu schnelle Fahren erschwert werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Brzezinski

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1806/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Sicherheit für Fußgänger

Die BVV möge Beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zur Verbesserung der Verkehrssituation für Fußgänger in der Konstanzer Str. an folgenden Stellen provisorische Querungshilfen einzurichten:

Im Bereich pommerschen Str., der Wittelsbacher Str., der Zähringer Straße und der Duisburger Straße.

Darüber hinaus wird das Bezirksamt gebeten, sich bei der Polizei für häufigere Geschwindigkeitskontrollen sowohl tagsüber als auch in der Nacht einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 31.3.2021 zu berichten.

Begründung:

Die Querung der vierspurigen Konstanzer Str. ist gefährlich. Provisorische Querungshilfen können kurzfristig und kostengünstig eingerichtet werden und würden erheblich zur Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgänger beitragen.

Nach Aussage der Anwohner wird die Geschwindigkeit durch Autofahrer häufig in erheblichen Maß überschritten. Nachts wird die Strecke zum Rasen genutzt. In allen Straßen muss diesem rücksichtslosen und gefährlichen Verhalten konsequent begegnet werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1814/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Sperrung der Krumme Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, bei seinen Plänen zur probeweisen Sperrung der Krumme Straße auch die Durchfahrt für den Radverkehr zu unterbinden. Es hat sicherzustellen, dass ebenso wie für den KFZ-Verkehr, eine sichere Ausweichroute für den Rundverkehr angeboten wird und die Zufahrt für Anrainer weiterhin dauerhaft möglich bleibt.

Begründung:

Das Bezirksamt plant ab dem Frühsommer 2021 die Erprobung der Sperrung der Krumme Straße für den PKW-Verkehr. Gleichzeitig kündigt es an, dass die Durchfahrt für Radfahrende weiter möglich bleiben soll. Dies ist jedoch der Entwicklung nicht zuträglich. Wenn das Bezirksamt tatsächlich erproben will, wie Anrainer und Gewerbetreibende die Straße stärker nutzen, müssen Konflikte von vornherein vermieden werden. Die Sperrung der Friedrichstraße zeigt, dass zu Fuß gehende massiv behindert werden, wenn nicht konsequent vorgegangen wird. Hinzukommt, dass der Straßenbelag der Krumme Straße (Pflastersteine) nicht für die Nutzung des Radverkehrs geeignet ist.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Brzezinski

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1815/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Lieferzone in der Konstanzer Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Halteverbotszone vor dem REWE in der Konstanzer Str. auch als Lieferzone zu kennzeichnen und diese in Absprache mit der Marktleitung zeitlich auszuweiten und zu prüfen ob diese vergrößert werden muss.

Der BVV ist bis zum 31.3.2021 zu berichten.

Begründung:
Ggf mündlich.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Brzezinski

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1822/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Vorsorge für Dialog Displays

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die geplanten Standorte für die vom Senat zur Verfügung gestellten neuen Dialog Displays vor Meldung an die Senatsverwaltung im Ausschuss für Verkehr und Tiefbau vorzustellen, eine jeweils dreimonatige Rotation weiterhin durchzuführen und im Haushalt für den Betrieb, die Instandhaltung und Instandsetzung aller Dialog Displays Vorsorge zu treffen.

Der BVV ist bis zum 31.3.2021

Begründung:
Ggf. mündlich